

Ärztékammer Nordrhein

Melissa Camara Romero neu in den Vorstand gewählt

Melissa Camara Romero ist neues Mitglied im Vorstand der Ärztekammer Nordrhein. Sie folgt Dr. Lothar Rütz nach. Der Allgemeinarzt aus Köln hatte Anfang März sowohl sein Vorstandsamt als auch den Fraktionsvorsitz des Ärzdebündnis niedergelegt. Da die Kammerversammlung am 12. März coronabedingt im reinen Online-Format stattfand, erfolgte Camara Romeros Wahl per Brief.

Die 32-jährige Internistin arbeitet als Oberärztin am St. Antonius Hospital in Eschweiler. Bereits im Studium engagierte sie sich berufspolitisch in der Bundesvertretung der Medizinstudierenden. Als ihre Themenschwerpunkte nannte Camara Romero bei der Kammerversammlung die fortschreitende Ökonomisierung in der Medizin, die Folgen des



Melissa Camara Romero engagiert sich bereits seit ihrer Studienzeit in der Berufspolitik.

Foto: privat

Klimawandels für die Gesundheit und die Digitalisierung des Gesundheitswesens. Diese orientiere sich nicht immer am Patientenwohl, so Camara Romero. In der Fraktion des Ärzdebündnis ist sie seit Rütz' Rückzug stellvertretende Vorsitzende. Die Internistin ist zudem Delegierte zum Deutschen Ärztetag. *MST*

Krankenhaus-Report

AOK setzt auf Spezialisierung

Als Lehre aus der Coronapandemie spricht sich der AOK-Bundesverband für einen raschen Umbau der Krankenhauslandschaft aus. In der Krankenhausversorgung seien in Zukunft mehr Spezialisierung von Kliniken und eine Konzentration von Leistungen an Zentren notwendig, betonte dessen Vorstandsvorsitzende Carola Reimann bei der Vorstellung des Krankenhaus-Reports 2022. So habe während der Pandemie knapp ein Viertel der Kliniken in Deutschland 62 Prozent der schweren Coronafälle behandelt, meist Universitätskliniken und Krankenhäuser der Maximalversorgung. Die Einbrüche bei der Zahl der Behandlungen im vergangenen Jahr, die – wie zum Beispiel Herzinsuffizienz oder COPD – auch ambulant versorgt werden könnten, seien ein deutlicher Hinweis darauf, dass wesentlich mehr Leistungen ambulant erbracht werden könnten als bisher. Nach Ansicht der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) verfolgt der AOK-Bundesverband mit seinen Forderungen nach einem Umbau der Versorgungsstrukturen und mehr ambulanter Leistungserbringung richtige Ansätze. Er konzentrierte sich aber zu stark auf die einfache Botschaft der Krankenhausschließungen, so die DKG. Stattdessen brauche es ein Zusammenspiel der wohnortnahen Grundversorgung, Zentrenbildung und Spezialisierung. Außerdem müssten die Kompetenzen der Kliniken genutzt werden, um die ambulante Versorgung am Krankenhaus aufzubauen und zu etablieren. *MST*

Gründungen

Arbeitsgemeinschaft der Heilberufskammern und Aktionsbündnis

Auf der Kammerversammlung der Ärztekammer Nordrhein am 22. April 1972 informierte der Kammerpräsident Dr. Friedrich-Wilhelm Koch die Delegierten über die Gründung und die ersten gemeinsamen Aktivitäten der Arbeitsgemeinschaft der Heilberufskammern in Nordrhein-Westfalen, wie das *Rheinische Ärzteblatt (RÄ)* in seiner Ausgabe vom 8. Mai 1972 berichtete. In der Arbeitsgemeinschaft waren die Ärzte-, Zahnärzte, Apotheker- und Tierärztekammern von Nordrhein und Westfalen-Lippe vertreten. „In dieser Arbeitsgemeinschaft werden gemeinsam interessierende Fragen behandelt“, sagte Koch.

Die Geschäftsführung lag bei der Ärztekammer Nordrhein, ebenso der damalige Vorsitz. Die Arbeitsgemeinschaft repräsentierte vor 50 Jahren rund 50.000 Heilberufler im Land, von denen mehr als 30.000 Ärztinnen und Ärzte waren. Als eine erste gemeinsame Aktivität besuchten die Präsidenten der Heilberufskammern den Landesgesundheitsminister Werner Figgen für eine Aussprache

zu grundlegenden Fragen der Sozial- und Gesundheitspolitik.

In der gleichen Ausgabe berichtete das *RÄ* über die Gründung der „Aktion Freiheit für Arzt und Patient“. „Viele tausende Ärzte sandten eine Karte ein, mit der sie die geplante Aufklärungsaktion über die Vorteile eines freiheitlichen Gesundheitswesens unterstützten.“ Dazu hatte Anfang April 1972 die „Aktionsgemeinschaft der deutschen Ärzte“ aufgerufen, „angesichts der Hetzpropaganda gegen unser Gesundheitswesen“, wie das *RÄ* schrieb. In der „Aktion Freiheit für Arzt und Patient“ waren neben Bundesärztekammer und Kassenärztlicher Bundesvereinigung unter anderem auch der Hartmannbund, der Marburger Bund, der Deutsche Ärztinnenbund, der Verband der leitenden Krankenhausärzte sowie der Berufsverband der praktischen Ärzte vertreten. Als Ziel wurde formuliert, „mit den Mitteln und Möglichkeiten der Informationen über die Wartezimmer der Öffentlichkeit über die Vorteile freiheitlicher Formen der Gesundheitsbetreuung zu unterrichten und jede die Freiheit von Arzt und Patient gefährdende Propagandahetze abzuwehren.“ *bre*

RA VOR 50 JAHREN